

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/08/2007

**über die öffentliche Sitzung am 16.05.2007,
Sitzungszimmer 601**

Beginn : 19:00 Uhr
Ende : 22:00 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörn Schade

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick
Frau Doris Brandt

i.V.f. StVO Wriggers ab 19:07
Uhr; TOP 2

Herr Jens Uwe Ehrlich
Herr Rolf Griesenberg
Herr Dieter Heidenreich
Frau Monja Löwer
Herr Hartmut Möller
Herr Wolfgang Sinning
Herr Gerald Wittkamp

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Karina Krasnicka

Kinder- u. Jugendbeirat, ab 19:20
Uhr; TOP 5, bis 21:31 Uhr; TOP
12.5

Frau Margot Sinning

Seniorenbeirat bis 21:31 Uhr;
TOP 12.5

Verwaltung

Herr Waldemar Biernacki
Frau Stefanie Mellinger
Herr Stephan Schott
Herr Ulrich Kewersun

Protokollführer

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Herr Heino Wriggers

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls Nr. 6/2007 vom 18.04.2007
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 7/2007 vom 02.05.2007
5. Ausbau des Braunen Hirsch - Betrachtungen zum Resultat **2007/033**
6. Standortuntersuchung - Neubau Peter-Rantzau-Haus **2007/048**
- vergleichende Betrachtung -
7. Umsetzung des Radverkehrskonzeptes 2007
8. Bericht über die Erneuerung von Fahrbahndecken 2007
9. Gemeindliches Einvernehmen zu Einzelbauvorhaben nach § 36 Baugesetzbuch
- 9.1. Bebauungsvorschlag für das Baufeld des B-Plans Nr. 64
(Otto-Siege-Straße zwischen Tönningweg und Ellenbogen)
- 9.2. Neubau eines Einfamilienhauses Hamburger Straße 244 a
10. Verkehrssituation Bismarckallee **2007/057**
- Freigabe von Planungsmitteln -
11. Kenntnisnahmen
- 11.1. Untersuchung und Verfahrensstand zum Kreisverkehrsplatz
am AOK-Knoten
- 11.2. Erschließung des südwestlichen Stadtgebietes durch den
ÖPNV
12. Verschiedenes
- 12.1. Verfahrensstand bei der Realisierung des Einkaufszentrums
Klaus-Groth-Straße II. Bauabschnitt
- 12.2. Bereitstellung von Ersatzparkplätzen während der Bauphase
des Einkaufszentrums Klaus-Groth-Straße
- 12.3. Sperrung der Tiefgarage Lohe 2/4

- 12.4. Öffnung der Klaus-Groth-Straße im Abschnitt Stormarnstraße bis Wulfsdorfer Weg
- 12.5. Parkmöglichkeiten im Umfeld des Marstalls bzw. der Reithalle

1 Festsetzung der Tagesordnung

Auf Wunsch der Verwaltung soll die als Tischvorlage verteilte Vorlagen-Nr. 2007/057 mit der Bezeichnung „Verkehrssituation Bismarckallee/Freigabe von Planungsmitteln“ als neu einzufügender TOP 10 beraten werden.

Des Weiteren ist ein Einzelbauvorhaben im Gebiet Beimoor-Süd zu behandeln, das aufgrund der besonderen rechtlichen und städtebaulichen Situation und der hierdurch berührten Belange des öffentlichen Wohls unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten werden sollte. In dem Zusammenhang kommt der BPA überein, den nicht öffentlichen Sitzungsteil um den Punkt „Verschiedenes“ zu ergänzen.

Anschließend stimmt der Bau- und Planungsausschuss der Ergänzung der mit Einladung vom 03.05.2007 versandten Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte 10, 13 und 14 zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Die Beratung der Tagesordnungspunkte 13 und 14 soll in nicht öffentlicher Sitzung erfolgen, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechtigter Interessen Einzelner dies erfordern.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der BPA hat damit mit der gemäß § 46 Abs. 7 in Verbindung mit § 35 Abs. 2 GO erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder dem Ausschluss der Öffentlichkeit zugestimmt.

Ansonsten gibt es keine Änderungswünsche zu der vorgeschlagenen Tagesordnung.

2 Einwohnerfragestunde

Eine Anliegerin des Quartiers Eschenweg/Buchenweg bezieht sich auf die bereits mehrfach in Ausschusssitzungen angesprochene Realisierung des Neubaugebietes. Während Maßnahmen zur effektiveren Reinigung des Straßenraumes durch die Stadtverwaltung veranlasst wurden und mit dem Bau des östlichen Gehweges Buchenweg voraussichtlich noch im laufenden Kalenderjahr begonnen werden soll, ist dem Fachbereich IV derzeit nicht bekannt, inwieweit die Verkehrsanordnungen der städtischen Verkehrsaufsicht

in diesem Bereich geändert werden. Hierüber kann frühestens in der nächsten Ausschusssitzung am 06.06.2007 berichtet werden.

Wie Herr Sievers feststellt, ist zum wiederholten Mal kein Zugriff möglich auf das Ratsinformationssystem der Stadt Ahrensburg. Insofern können sich interessierte Bürger im Vorfeld nicht oder nur unzureichend mit den in den Gremien zu behandelnden Themen auseinandersetzen. Wie hierzu angemerkt wird, ist dieses Problem bereits am 14.05.2007 im Hauptausschuss angesprochen worden; Ursache für die derzeit aufgetretene technische Störung sei der Server, die Aufträge zur Behebung des Fehlers seien erteilt.

Herr Sievers bemängelt weiterhin die Abwicklung des vom Kornkamp auf den Beimoorweg treffenden Verkehr; zunehmend komme es zu Rückstauungen durch linksabbiegende Fahrzeuge. Seines Erachtens hätte auch dort die Möglichkeit bestanden, einen Kreisverkehrsplatz anzulegen. Hierzu betont die Verwaltung, dass die überwiegende Anzahl an Fahrzeugen rechts in den Beimoorweg mit Fahrrichtung Innenstadt abbiegt oder geradeaus in den Kornkamp-Süd fährt. Die Abwicklung der wenigen Linksabbieger werde aber weiterhin beobachtet und bei Bedarf näher untersucht. Die beobachteten Rückstauungen würden nach den Erkenntnissen der Verwaltung heute nur gelegentlich auftreten und sich zügig abbauen.

Auf Nachfrage wird klargestellt, dass es sich bei dem Verbindungsweg zwischen der von der Kehre Kornkamp gen Osten verlaufenden Fahrspur und dem in Richtung Bookkoppel gelegenen Gewerbegrundstück um eine private Fahrbahn handelt, die von der Stadt Ahrensburg nicht gewidmet worden ist und für die die Straßenverkehrsordnung auch nicht unmittelbar gilt.

Ein Einwohner bittet darum, die Wegweisung in der Manhagener Allee auf Höhe der Einmündungen Vierbergen und Abfahrt Ostring zu überprüfen; insbesondere sei die Wegweisung zu den Krankenhäusern nicht deutlich erkennbar.

Abschließend nimmt Herr Sievers Bezug auf die Vorlagen-Nr. 2007/021/1 über die mögliche Durchführung einer Zukunftswerkstatt für die nördliche Entlastungsstraße Neuer Postweg. Die prognostizierte Zunahme des Verkehrs im Norden der Stadt und der bereits festgestellte erhöhte Kfz-Verkehr auf dem Straßenzug Brauner Hirsch könnte seines Erachtens in unmittelbaren Zusammenhang stehen mit dem Ziel, den Durchgangsverkehr aus der Ahrensburger Innenstadt herauszuhalten. Ihm gegenüber wird bestätigt, dass der Generalverkehrsplan ein wesentliches Teilprojekt darstellt bei der Neuaufstellung des Ahrensburger Flächennutzungsplanes.

Die als Anlage beigefügten Fragen von Anliegern des Straßenzuges Brauner Hirsch werden im Zuge der Behandlung des TOP 5 versucht bereits vorab mündlich zu beantworten.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

3 Genehmigung des Protokolls Nr. 6/2007 vom 18.04.2007

Keine Einwendungen. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 7/2007 vom 02.05.2007

Wie die Verwaltung berichtet, soll auf der handschriftlichen Seite 42 im letzten Absatz der Niederschrift zu TOP 11.1 das Wort *auch* durch *nur* ersetzt werden, sodass dieser Absatz wie folgt lautet:

„Die einzelnen Straßenunterhaltungsmaßnahmen seit Januar 2006 sind in der als Anlage beigefügten Tabelle aufgeführt, wobei diese nur Arbeiten umfasst, die üblicherweise nicht vom städtischen Bauhof ausgeführt werden.“

Keine weiteren Einwendungen. Das Protokoll gilt unter Berücksichtigung vorstehender Anpassung als genehmigt.

Ein Ausschussmitglied kündigt an, in dem heutigen nicht öffentlichen Sitzungsteil, bezogen auf die Protokollierung des TOP 13.2 eine Aussage richtig zu stellen.

5 **Ausbau des Braunen Hirsch - Betrachtungen zum Resultat** 2007/033

Die Beratung schließt an dem Zwischenergebnis vom 18.04.2007 (vgl. BPA-Protokoll Nr. 6/2007; TOP 5) an. Verwiesen wird außerdem an die schriftlich eingereichten Einwohnerfragen (vgl. TOP 2 dieses Protokolls).

Dem Protokoll werden beigefügt als

- **Anlage 1:** Der Vorschlag der Verwaltung zur Umgestaltung des Kreisverkehrsplatzes Brauner Hirsch für den aus Richtung Hamburg kommenden und in Richtung Ahrensfelde fahrenden Verkehr; dieser Vorschlag sieht in den dargestellten Rädern eine mindestens 1 bis 2 cm – und zum Bordstein weiter erhöhte – über dem heutigen Fahrbahnniveau liegende Schrägpflasterung vor mit der Folge, dass mit Ausnahme von größeren Lkw und Bussen der Verkehr auf der verbleibenden 3,5 m breiten Fahrspur abgewickelt wird und ansonsten Unlust erregend bzw. mit Fahrgeräuschen verbunden wäre
- **Anlage 2:** Der schriftliche Antrag der WAB-Fraktion vom 16.05.2007
- **Anlage 3:** Die von Einwohnern eingereichten Lagepläne, mit denen Abweichungen zwischen der geplanten und der umgesetzten Ausführung des Kreisverkehrsplatzes verdeutlicht werden

Wie die Verwaltung nochmals aufführt,

- sind nicht genug Querungen von Fußgängern und Radfahrern zu verzeichnen, um einen Zebrastreifen im Braunen Hirsch anordnen zu können,
- entfaltet ein Geschwindigkeitsmessgerät am Besten seine Wirkung, wenn dieses mobil und – wegen des Gewöhnungseffektes – nicht stationäre bzw. immer eingesetzt wird,
- sollte das Betonsteinpflaster an den Straßeneinmündungen erhalten bleiben, um geschwindigkeitsmindernd und aufmerksamkeitsregend zu wirken.

Für die Anordnung einer Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h gebe es keinen objektiven Grund; dieses würde auch beim Kfz-Verkehr wenig Akzeptanz hervorrufen.

In der anschließenden Beratung machen mehrere Ausschussmitglieder deutlich, dass sie es angesichts der hohen, die Prognose sogar übertreffenden Verkehrsbelastung begrüßen würden, wenn zumindest die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 auf 30 km/h herabgesetzt werden könnte, um in der Praxis die gewünschte Geschwindigkeitsreduzierung hervorzurufen. Verwiesen wird auf die Verkehrsverhältnisse in der Dorfstraße des Ortsteils Ahrens-

felde, in der sogar eine 30 km/h-Zone angeordnet ist.

Darüber hinaus werden verschiedene Maßnahmen andiskutiert, die über den Verwaltungsvorschlag (vgl. Anlage 1) hinausgehen und den Fahrwiderstand im Braunen Hirsch erhöhen sollen: Zum Beispiel verbesserte Fußgängerfurten oder eine andere Stellung der Sprunginseln bei den Zufahrten in den Kreisverkehrsplatz, Einbau von Verkehrsinseln im Braunen Hirsch oder die Bepflanzung des unmittelbaren Umfeldes vom Kreisverkehrsplatz. Gefordert wird zugleich, die Verkehrssicherheit von Schulkindern und Senioren nicht durch ein Mehr an Unübersichtlichkeit zu gefährden.

Man kommt überein, in der heutigen Sitzung noch keine Entscheidung zu treffen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine die Diskussion berücksichtigende eventuell modifizierte Lösung zu unterbreiten.

Im Laufe der Diskussion wird einerseits vonseiten der Verwaltung gebeten, im nicht öffentlichen Sitzungsteil über die Rahmenbedingungen der Förderung berichten zu dürfen, und andererseits von einem Ausschussmitglied in Bezug auf die beantragte Errichtung einer 30 km/h-Zone gefordert darzulegen, welche Maßnahmen und finanziellen Auswirkungen mit einer derartigen Anordnung verbunden wären.

Zu Beginn der Beratung berichtet die Verwaltung in aller Kürze über den Sachverhalt, stellt ein Ausschussmitglied für die WAB-Fraktion den diesem Protokoll als Anlage beigefügten Antrag vom 16.05.2007 und verweisen Sitzungsteilnehmer auf das Ergebnis der Sitzung am 08.05.2007, wonach der Finanz- und Sozialausschuss auf Basis der Beschlussvorlage Nr. 2007/048 zwar den Einzelpunkten des Beschlussvorschlages zugestimmt haben, jedoch die Entscheidung über die Art der Finanzierung vertagt und – abgesehen von der Klärung, dass mit „Solitärgebäude“ kein Anbau an ein bestehendes Gebäude gemeint ist – kein konkretes Baufenster beschlossen haben.

In diesem Zusammenhang regen diverse Sitzungsteilnehmer an, bei den Vorlagen nicht nur nach „Beschlussvorlage“ und „STV-Beschlussvorlage“ zu unterscheiden, sondern wie in der Vergangenheit die Fortschreibung durch den Zusatz bei der Vorlagen-Nr. zu verdeutlichen.

Der anschließenden Beratung wird von einzelnen Ausschussmitgliedern angemerkt, dass

- aufgrund möglicher Störungen ein ausreichender Abstand zur Jugendeinrichtung „42“ und der Skaterbahn eingehalten werden sollte,
- zwar der konkrete Flächenbedarf für den Neubau des Peter-Rantzau-Hauses noch ermittelt werden soll, jedoch aufgrund der vorgegebenen Haushaltsmittel nur ein Gebäude mit entsprechend begrenzter Fläche errichtet werden kann und
- die bereits vom BPA gefassten Beschlüsse zum Standort des Peter-Rantzau-Hauses weiterhin gelten (vgl. auch BPA-Protokoll Nr. 19/2006 über die Sitzung am 22.11.2006; TOP 3) und es sich bei der heutigen Beschlussfassung insofern lediglich um eine Bestätigung handelt.

Man kommt einvernehmlich überein, in der heutigen Sitzung zusammenfassend über die Punkte 1 und 3 des Beschlussvorschlages abzustimmen sowie im Bezug auf Punkt 4 der STV-Beschlussvorlage der Stadtverordnetenversammlung die Aufhebung des Sperrvermerkes zu empfehlen. Klargestellt wird, dass mit dem Beschluss noch nicht die Entscheidung über ein konkretes Baufenster getroffen wird, sondern die Untersuchungszone den gesamten Streifen zwischen dem Rathaus und der Jugendeinrichtung „42“ umfasst.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

7 Umsetzung des Radverkehrskonzeptes 2007

Auf Anregung eines Ausschussmitgliedes hatte der BPA in seiner Sitzung am 21.03.2007 im Zusammenhang mit der Erneuerung der Stormarnstraße (vgl. Protokoll Nr. 5/2007; TOP 6 zu Vorlagen Nr. 2007/019) die Verwaltung unter anderem gebeten, näher zu untersuchen, ob und ggf. inwiefern es sinnvoll ist, in der Fritz-Reuter-Straße auf Höhe des Wanderweges Reesenbüttler Graben eine Querungshilfe in Form einer Mittelinsel einzubauen, um auch diese Verbindung für den Radverkehr in der Nord-Süd-Richtung attraktiver zu gestalten und der schwierigeren Fahrbahnquerung – hervorgerufen durch den mit dem nahen Kreisverkehrsplatz einhergehenden ständigen Verkehrsfluss – entgegenzuwirken.

Die Anregung ist von der Verwaltung nunmehr aufgegriffen worden, der Lageplan mit der Vorplanung wird vorgestellt (vgl. Anlage des Protokolls). Da sich die Aufweitung des Straßenraumes in der Fritz-Reuter-Straße auf die Strecke des so genannten Reesenbüttler Grabens beschränkt, ist zur Realisierung des Projektes kein Grunderwerb erforderlich.

Der Bau- und Planungsausschuss begrüßt die Planung, bittet die Verwaltung jedoch zu überprüfen, ob eine derartige Querungshilfe nicht evtl. sogar sinnvoller und dringender sei im Wulfsdorfer Weg auf Höhe der Integrierten Gesamtschule bzw. der Einmündung Friedrich-Hebbel-Straße/Rudolf-Kinau-Straße. Welche dieser Maßnahmen zuerst oder ob nicht gar angesichts der zur Verfügung stehenden Mittel von 50.000 € bei der HHSt. 6319.9510 beide Maßnahmen im laufenden Jahr 2007 realisiert werden können, wird der Verwaltung überlassen.

Des Weiteren wird grundsätzlich über die weitere Umsetzung des Radverkehrskonzeptes beraten. Derzeit stehen keine größeren Neubaumaßnahmen an, die Erneuerung von Radwegen ist weiterhin beschränkt auf Straßenbaumaßnahmen wie etwa in der Stormarnstraße. Um das Radwegenetz in Ahrensburg im notwendigen Umfang unterhalten zu können, sollten auch in Zukunft Finanzmittel in ausreichender Höhe im Verwaltungshaushalt bereitgestellt werden. Die für die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes bereitgestellten Mittel des Vermögenshaushaltes sollten verstärkt kleineren Einzelprojekten – wie den zuvor beschlossenen Sprunginseln im Straßenzug Fritz-Reuter-Straße/Wulfsdorfer Weg – dienen oder zunehmend zur Verbesserung der Infrastruktur eingesetzt werden. Die Verwaltung würde es begrüßen, wenn vonseiten der städtischen Gremien Anregungen kämen oder interessierte Einwohnerinnen und Einwohner ihre Mitarbeit in der AG Fahrradverkehr erklären würden.

In der weiteren Diskussion werden folgende konkreten Projekte angeregt:

- Installation zusätzlicher Abstellmöglichkeiten (Bügel) in der Innenstadt, und hier insbesondere in den Bereichen Hamburger Straße zwischen Rondeel und Sparkasse Holstein, Rathausplatz und Rondeel

- Aufstellung von Fahrradbügeln und –boxen am südlichen Tunnelausgang Ladestraße, teilweise überdachte Stellplätze
- Förderung der Radwegeverbindungen innerhalb der Innenstadt (Freihalten möglicher Trassen)
- Anlage separater Radwege an Schulwegen (z. B. in der Hagener Allee auf Höhe des Stadtteils Waldgut Hagen)

In diesem Zusammenhang wird auch gebeten, die Innenstadt zu Wochenbeginn möglichst zügig von Scherben zu befreien und den Stellplatzerlass des Innenministers Schleswig-Holstein zu beachten, wonach bei Neubauprojekten Fahrradabstellanlagen nachgewiesen werden müssen.

8 Bericht über die Erneuerung von Fahrbahndecken 2007

Wie die Verwaltung betont, steht die umfangreichste Deckenerneuerung im Ahrensburger Stadtgebiet an in der Straße Kornkamp; für dieses Projekt sind im Haushaltsplan 2007 unter der HHSt. 6300.5104 gesondert 130.000 € bereit gestellt worden.

Die übrigen Mittel in Höhe von 150.000 € sollen eingesetzt werden für Deckenerneuerungen in folgenden Straßenabschnitten:

- Klaus-Groth-Straße zwischen Stormarnstraße und Wulfsdorfer Weg nach Abschluss der dortigen Kanalbauarbeiten
- Stormarnstraße im Abschnitt Hermann-Löns-Straße bis Friedensallee/Schimmelmannstraße im Anschluss an die Ausbaumaßnahme der Stormarnstraße 1. Bauabschnitt
- Rosenweg im Abschnitt Friedensallee/Schimmelmannstraße bis Reesenbüttler Redder/Lilienweg im Anschluss an die Erneuerung der Stormarnstraße 1. Bauabschnitt
- eventuell auch entsprechend des positiven BPA-Beschlusses am 21.03.2007 (vgl. Protokoll Nr. 5/2007; TOP 6, 1. Antrag): Stormarnstraße auf Höhe des heutigen Parkplatzes Alte Reitbahn, also zwischen dem angedachten südlichen Ende der Erneuerung Stormarnstraße (2. Bauabschnitt) und dem neueren Straßenabschnitt mit der Bezeichnung An der Reitbahn

Der Ausschuss nimmt von diesen Ausführungen Kenntnis.

9 Gemeindliches Einvernehmen zu Einzelbauvorhaben nach § 36 Baugesetzbuch

9.1 Bebauungsvorschlag für das Baufeld des B-Plans Nr. 64 (Otto-Siege-Straße zwischen Tönningweg und Ellenbogen)

Die Verwaltung bezieht sich auf die bereits in den BPA-Sitzungen am 01.03.2006 und 03.05.2006 thematisierte Bebauung des Baufeldes 4 im rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 64. Nachdem vom Antragsteller auf das Staffelgeschoss beim Solitärgebäude nahe des Grünzuges verzichtet und die Stellung der Reihenhauseilen überarbeitet worden war, kam man letztlich einstimmig überein, die Befreiung von den Festsetzungen gemäß § 31 Abs. 2 in Verbindung mit § 36 BauGB zu erteilen unter Berücksichtigung folgender Detailanpassungen:

1. Die Bauflucht entlang der Otto-Siege-Straße ist zu begradigen, die Versätze der Reihenhäuser abzubauen.
2. Die Bauflucht soll zur Grundstücksgrenze Otto-Siege-Straße einen Mindestabstand von 5 m aufweisen.
3. Der südlichste Baukörper soll nicht grenzständig zum Ellenbogen angeordnet werden, sondern ebenfalls zur Grundstücksgrenze einen Abstand von 5 m einhalten.

Die jetzige Überarbeitung des Bauentwurfes wird anhand des als Anlage diesem Protokoll beigefügten Lageplanes erläutert. Zwar ist die Bauflucht entlang der Otto-Siege-Straße nunmehr begradigt und weist einen ausreichenden Abstand auf, am südlichen Ende des Baukörpers wird der geforderte Abstand von 5 m zum Ellenbogen jedoch unterschritten.

Darüber hinaus sieht der Bebauungsvorschlag für die 32 Reihenhäuser statt einer Tiefgarage nunmehr eine Stellplatzanlage vor, die zwar abgesenkt und begrünt werden soll, aber die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 64 nicht einhält, wonach

- in einer Mindestdiefe von 15 m zur angrenzenden Parkanlage eine mehrschürige Wiese anzulegen ist und
- auf den nicht überbauten Grundstücksflächen der Anteil versiegelter Flächen 20 % nicht überschreiten darf.

Im Ergebnis stellt die Verwaltung fest, dass die Abweichungen, die Grundzüge der Planung berühren und der Bauentwurf insofern abzulehnen ist.

Über die Empfehlung stimmt der Ausschuss wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

9.2 Neubau eines Einfamilienhauses Hamburger Straße 244 a

Es liegt ein Antrag vor, auf dem Grundstück Hamburger Straße 244 a ein Einfamilienhaus zu errichten. Das Grundstück liegt im rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 66 a westlich der Hamburger Straße; es ist bebaut mit einer größeren landwirtschaftlichen Halle.

Wie die Verwaltung auf Nachfrage betont, handelt es sich um ein privilegiertes Vorhaben, da es im unmittelbaren Zusammenhang steht zu dem landwirtschaftlichen Betrieb im Sinne des § 201 BauGB.

Nach kurzer Aussprache kommt man überein, über dieses Bauvorhaben erst in der Sitzung am 06.06.2007 zu entscheiden. Die Verwaltung wird gebeten, sowohl die Lage des Grundstücks und dessen Erschließung zu verdeutlichen als auch die Rechtslage darzustellen.

**10 Verkehrssituation Bismarckallee
- Freigabe von Planungsmitteln -**

2007/057

Die Verwaltung erläutert den in der Vorlage dargestellten Sachverhalt und ergänzt auf Nachfrage, dass

- bei der betreffenden Haushaltsstelle über Mittel in Höhe von knapp 2.000 € verfügt worden ist, sodass dem Fachdienst Straßenwesen nach der Vergabe dieses Auftrages noch rd. 3.000 € an Planungsmitteln verbleiben würde,
- die personelle Ausstattung des Fachdienstes Straßenwesen es nicht erlaubt, die umfangreiche Verkehrsuntersuchung und –analyse diverser Straßen des so genannten Preußenviertels selbst durchzuführen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden kommt der BPA überein, in der heutigen Sitzung noch keine Entscheidung zu treffen und hierüber ggf. in der nächsten Ausschusssitzung zu beraten. Es stelle sich angesichts der aufgezeigten Kosten die Frage, ob diese Ausgabe in einem angemessenen Verhältnis steht zu dem zu erwartenden Ergebnis.

11 Kennntnisnahmen

11.1 Untersuchung und Verfahrensstand zum Kreisverkehrsplatz am AOK-Knoten

Die Verwaltung kommt zurück auf das in der BPA-Sitzung am 02.05.2007 ausführlich behandelte Thema (vgl. Protokoll Nr. 7/2007; TOP 5) und berichtet ergänzend von den konkretisierten Überlegungen, einen so genannten Spiralkreisverkehr anzulegen. Bei dieser Ausbauvariante (vgl. Anlage 1) wäre die Wegeführung klarer, ohne die prognostizierte gute Verkehrsabwicklung zu behindern. Allerdings würde der Kreisverkehrsplatz mit 41 bzw. 45 m Breite mehr Fläche in Anspruch nehmen, die von der Stadt von Privaten zu erwerbende Fläche im Norden des Platzes würde sich von rd. 100 auf rd. 200 m² erhöhen. Positive Stellungnahmen liegen sowohl von der Polizei (vgl. Anlage 2) als auch von der städtischen Verkehrsaufsicht vor, die den Bau des Spiralkreises ausdrücklich befürwortet und auf die zwingende Umsetzung der von der Polizei aufgezeigten Maßnahmen verweist.

Wie der Vorsitzende auch angesichts der Berichte in der örtlichen Presse betont, ist der Umbau von den städtischen Gremien noch nicht beschlossen worden. Die Maßnahme sollte verwaltungsseitig zunächst weiter entwickelt werden, um abschließend per Vorlage im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes dem BPA zur Beratung und endgültigen Entscheidung vorzulegen.

11.2 Erschließung des südwestlichen Stadtgebietes durch den ÖPNV

Die Verwaltung nimmt Bezug auf die Berichte in den BPA-Sitzung am 06.12.2006 (vgl. Protokoll Nr. 20/2006; TOP 11.2) und 07.03.2007 (vgl. Protokoll Nr. 04/2006; TOP 9.1). Wie seinerzeit aufgezeigt, wird die vom Kreis Stormarn angebotene Lösung in der Gestellung eines Schulbusverkehrs ab 27.08.2007 durch einen neuen Strang der Linie 769 bestehen.

Da die Schülerbeförderungssatzung als Selbstbindung des Kreises zu werten ist und danach auch der Ahrensburger Ortsteil Wulfsdorf in den verspäteten Genuss der Schülerbeförderung kommen müsste, hat der zuständige Verkehrsausschuss des Kreises Stormarn in seiner Sitzung am 07.05.2007 eine positive Entscheidung getroffen und die benötigten Eigenmittel in Höhe von ca. 20.000 €/Jahr bereitgestellt. Bestellt werden 2 Fahrten morgens zu den Schulen IGS, Heimgarten und GS Am Reesenbüttel und mittags 3 Fahrten zurück zum Ortsteil Wulfsdorf bzw. zur Endhaltestelle Bornkampsweg/Allmende.

Der Stadt Ahrensburg obliegt es nunmehr die notwendigen baulichen Anpassungen für die neue Buslinie vorzunehmen. Diese bestehen im Wesentlichen in der Anlage einer provisorischen Kehre auf der Nordseite des Bornkampsweges nördlich der Hofeinfahrt zum Gut Wulfsdorf (bzw. bei der Einmündung des Wanderweges Dorfkoppel) und einer Fahrbahnerweiterung auf Höhe des Allmende-Projektes für die Endhaltestelle.

Eventuell könnte es für die Stadt Ahrensburg sinnvoll sein, ergänzend die Linie 576 über den U-Bahnhof Ahrensburg West hinaus bis zum Bornkampsweg zu verlängern; hierfür müssten jedoch allgemeine städtische Haushaltsmittel als Anschubfinanzierung bereitgestellt werden. In Betracht käme – analog zur Verlängerung der Linie 269 im Stadtteil Am Hagen – eine Bedienung montags bis freitags im Stundentakt. Für die 15 Fahrten je Richtung zwischen etwa 6 und 20 Uhr würde der kommunale Finanzanteil nach der Berechnung der HVV ca. 19.000 € pro Jahr betragen. Hiervon würden theoretisch mit Haupt- und Nebenwohnsitz in folgenden Straßen gemeldeten Personen profitieren (Stand 3/2007):

—	Hamburger Straße südlich des Friedhofs, alter Teil	=	196 P
—	Am Scharberg	=	8 P
—	Veronica-Rath-Straße	=	61 P
—	Bornkampsweg	=	345 P

Um dieses Angebot zum Fahrplanwechsel im Dezember 2007 einführen zu können, müsste eine Abwägungsentscheidung spätestens im September 2007 getroffen werden.

12 Verschiedenes

12.1 Verfahrensstand bei der Realisierung des Einkaufszentrums Klaus-Groth-Straße II. Bauabschnitt

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf den Verfahrensstand zur Aufstellung des Vorhabenbezogenen B-Planes Nr. 83 für das Quartier nördlich der Klaus-Groth-Straße zwischen Reeshoop und Große Straße. Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass sich die Projektentwickler derzeit noch im Ausschreibungsverfahren befinden und erst im Anschluss daran die Anlagen 4, 9 und 10 des Durchführungsvertrages dem BPA zu endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden (vgl. hierzu Vorlagen-Nr. 2006/151 und Niederschrift Nr. 2/2007 über die Stadtverordnetenversammlung am 26.03.2007).

Des Weiteren wird die Offenlage derzeit abgeschlossen, sodass die Abwägungsentscheidung vom Ausschuss noch vor der Sommerpause vorgenommen werden kann.

12.2 Bereitstellung von Ersatzparkplätzen während der Bauphase des Einkaufszentrums Klaus-Groth-Straße

Wie ein Ausschussmitglied betont, wird ab August/September 2007 die Bauphase beginnen, während der in den ersten 6 Monaten weder die Tiefgarage unter dem derzeitigen Penny- bzw. Kinogebäude noch der ebenerdige öffentliche Parkraum im nördlich angrenzenden Blockinnenbereich genutzt werden kann; zudem wird teilweise auch die Zufahrt zu den privaten Tiefgaragen unter den Gebäuden der Großen Straße nicht nutzbar sein. Auf jeden Fall gebiete der Wegfall von über 200 Kfz-Stellplätzen, dass die Stadt Ahrensburg versucht, möglichst viel Ersatzparkraum zu schaffen bzw. frei zu geben. Es gelte, den mit dem zwischenzeitlichen Wegfall von Parkraum verbundenen Verlust an auswärtigen Kunden zu minimieren.

Hierbei regt das Ausschussmitglied an, auch unkonventionelle Lösungen anzudenken, wie etwa die Freigabe des Rasenspielfeldes auf dem Stormarnplatz für das Parken.

Hierzu berichtet die Verwaltung, dass diverse Ideen aufgenommen und derzeit auf ihre Realisierbarkeit hin geprüft werden. Über das Ergebnis wird der Ausschuss entweder am 20.06.2007 oder am 04.07.2007 unterrichtet.

12.3 Sperrung der Tiefgarage Lohe 2/4

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf die bereits in den BPA-Sitzungen am 06.12.2006 (vgl. Protokoll Nr. 20/2006; TOP 12.2) und 07.02.2007 (vgl. Protokoll Nr. 2/2007; TOP 11.3) thematisierte Angelegenheit und bittet die Verwaltung um einen erneuten Sachstandsbericht.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Eigentümerin der Garage hatte sich fristgerecht und in ausreichendem Umfang Ende März 2007 schriftlich zum Sachverhalt geäußert, wobei sich nochmals bestätigte, dass umfangreiche Sanierungsarbeiten erforderlich sind. Nach Auskunft des planungsbeauftragten Ingenieurbüros ist hinsichtlich der Bauausführung mit folgenden Eckdaten zu rechnen:

- | | |
|-------------------------------|--------------------------|
| – Baubeginn: | Oktober 2007 |
| – Abbrucharbeiten | bis Ende 11 bzw. 12/2007 |
| – Neubau bzw. Wiedereröffnung | bis Ende August 2008 |

12.4 Öffnung der Klaus-Groth-Straße im Abschnitt Stormarnstraße bis Wulfsdorfer Weg

Auf den Hinweis eines Ausschussmitgliedes, wonach in dem Abschnitt der Klaus-Groth-Straße zwischen Stormarnstraße und Wulfsdorfer Weg auch ein Gewerbebetrieb ansässig ist, für den die Laufkundschaft von erheblicher Bedeutung ist, berichtet die Verwaltung, dass nach Abschluss der Kanalbaumaßnahme voraussichtlich bereits in der 21. Kalenderwoche 2007 die neue Fahrbahndecke aufgebracht und die Straße unmittelbar anschließend wieder für den Verkehr freigegeben werden soll.

12.5 Parkmöglichkeiten im Umfeld des Marstalls bzw. der Reithalle

In Bezug auf die im BPA-Protokoll Nr. 7/2007 unter TOP 12.7 protokollierte Angelegenheit wird nochmals darum gebeten, während der Bauphase ausreichend Parkraum im Umfeld des Komplexes Parkhotel/Marstall/Reithalle zur Verfügung zu stellen. Zudem sollte jederzeit die Zufahrt zum Parkhotel für die Belieferung und Entsorgung sichergestellt werden, ggf. über die Straße An der Schloßgärtnerei.

Bei der Ausarbeitung des Bauzeitenplanes sollte möglichst Rücksicht genommen werden auf das ab Anfang November anlaufende Weihnachtsgeschäft.

Der Vorsitzende schließt anschließend um 21:31 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Jörn Schade
Vorsitz

gez. Ulrich Kewersun
Protokoll